Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 1.60 durch die Austräger frei ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 5.22, monatlich Mark 1.74.
Anzeigenpreis: im Amtsblattbezirk der Raum der 1 sp. Kolonelzeile 35 Pfg., auswärts 40 Pfg., im amtlichen Teil die halbe Zeile 1.50 Mk., im Reklameteil die Zeile 1.50 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.

Tageblatt · Amtsblatt der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- und Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.
Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.
Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage wird an bestimmter Stelle weder nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Mühe wird unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 161. Mittwoch, den 16. Juli 1919. 72. Jahrg.

Für den durch Anstellung im Staatsdienst aus dem Amte geschiedenen bisherigen stellvertretenden Lokalrichter, Herrn Kanzleivorsteher Walter Erich Georgi, ist der Bücherrevisor Herr **Max Alfred Bode** in Aue, Ernst Papststraße Nr. 40, als **stellvertretender Lokalrichter** für die Stadt Aue mit dem selbständigen Gutsbezirke Rittergut Klösterlein bestellt und verpflichtet worden.

Amtsgericht Aue, den 14. Juli 1919.

Schneeberg. Ortsschulordnung.

Der XIII. Nachtrag zur Ortsschulordnung, welcher die Zusammensetzung des Schulausschusses abändert, liegt 14 Tage lang an Ratsstelle, Zimmer 7, zur Einsicht aus und gilt hierdurch als bekannt gemacht.

Schneeberg, den 14. Juli 1919. **Der Stadtrat.**

Schneeberg. Allgemeines Ortsgesetz betr.

Der neu aufgestellte oberbehördlich genehmigte **V. und VI. Nachtrag zum Allgemeinen Ortsgesetz der Stadt Schneeberg** vom 19. Oktober 1908 liegt an Ratsstelle, Zimmer 7, 14 Tage lang zur Einsicht aus und gilt hierdurch als bekannt gemacht. Die Nachträge betreffen die Einziehung zweier Gemeindebeamtenstellen, die Stellvertretung des Bürgermeisters und die Zusammensetzung der städtischen Ausschüsse.

Schneeberg, den 14. Juli 1919. **Der Stadtrat.**

Freitag und Sonnabend, den 18. und 19. Juli 1919 bleiben die Geschäftsräume des unterzeichneten Stadtrats einschl. Sparkasse wegen Reinigung geschlossen.

Dringliche Standesamtsangelegenheiten werden Sonnabend, den 19. Juli, vormittags 10—11 Uhr erledigt.

Schneeberg, den 10. Juli 1919. **Der Stadtrat.**

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Herr Max **Richter**, Schlosser, hier, anstelle des von hier verzogenen Herrn Hermann Kaldskopf in den Gemeinderat eingetreten ist.

Oberschlema, am 14. Juli 1919. **Der Gemeindevorstand.** Vogelgesang.

Weitere amtliche Anzeigen befinden sich im Beiblatt.

Ein Blick in die Zukunft.

Auf dem **deutsch-nationalen Parteitag**, der in Berlin stattfand, führte der bekannte Abgeordnete zur Nationalversammlung **Geh. Finanzrat Dr. Hugenberg** u. a. folgendes aus:

Nach einer großen Sintflut kann man erst anfangen wieder aufzubauen, wenn sie sich verlaufen hat. Bis dahin dauert das Rettungswerk. Wir sind noch mitten in der Sintflut. Wir müssen sogar damit rechnen, daß **das Schlimmste noch vor uns liegt.** Vieles ist schon weggeschwemmt, aber noch stehen die Quadermauern, die eisernen Träger des Bismarckschen Wirtschaftsreiches. Erst wenn sie zusammenbrechen, werden wir das Kunststück fertiggebracht haben — ohne Vorgang in der Weltgeschichte — in wenigen Jahren vom höchsten Gipfelpunkte ungefähr auf die tiefmöglichste Sohle des Abgrundes herunterzusinken. **Müssen sie zusammenbrechen?** Ich fürchte, mit der ganzen Schwäche, der ganzen Dummheit und der ganzen Feigheit, die unsere Generation auszeichnet. — Einer steht da für Alle — **werden wir es zuwege bringen.** Die **Stufen dieses Falles** stelle ich mir etwa so vor: Zersetzung der Freiwilligentruppen durch Ausscheiden der guten Elemente und Ueberhandnehmen der unzuverlässigen — Verständigung zwischen Noske und den Unabhängigen — damit Uebergang des Restes deutscher Waffen an diese — ein Fußtritt an Erzberger und das Zentrum — Ablösung der Nationalversammlung durch die Diktatur **des Proletariats — und das Uebrige** folgt dann logisch daraus.

Rettungswerk und Wiederaufbau lassen sich **nicht trennen.** Wenn ich heute vom Wiederaufbau reden soll, so kann ich es nur auf Grund des Stadiums der Zerstörung tun, bei dem wir heute angelangt sind, und muß **voraussetzen**, daß ein kräftiges Rettungswerk das noch Vorhandene im wesentlichen aufrecht hält. In diesem Sinne ist **zweierlei** so klar, daß wir ständig wie der Falke auf den Vogel darauf stoßen sollten:

Erstens die Notwendigkeit eines möglichst **großen und innerlich möglichst gesunden Heeres** zur Aufrechterhaltung der Ordnung, und zweitens die entschlossene **Abwendung von der Kriegswirtschaft als eines der schlimmsten Zersetzungselemente.**

Die süddeutschen Staaten gegen Erzbergers Vorschläge.

Karlsruhe, 14. Juli. Am Sonnabend hat in Heidelberg eine Besprechung der Regierungen von Württemberg, Hessen und Baden über die neuesten Pläne des Reichsfinanzministeriums betreffend Festsetzung, Erhebung und Verwaltung der Staats- und Gemeindeabgaben stattgefunden. Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums, die in ihrer Wirkung die **Steuerhoheit der Einzelstaaten vollständig aufheben** und das sogenannte Dotationsrecht an ihre Stelle setzen, wurden einheitlich **abgelehnt.** Man war darin einig, dem Reiche weit entgegenzukommen, doch nur in den Grenzen eines selbständigen Einnahmerechts und einer finanziellen Selbstverwaltung der Einzelstaaten.

Eine neue Note Deutschlands.

Versailles, 14. Juli. Freiherr v. Lersner hat dem Obersten Henry eine neue sehr umfangreiche Note überreicht, die eine Anzahl statistischer Angaben und Auskünfte über Kohlen- und metallindustrielle Fragen enthält, die Foncheur vor einiger Zeit von den deutschen Kommissionen für die Wiederherstellung und Versorgung erbeten hatte.

Der zweite Völkerbund.

Das italienische Informationsbüro in Newyork veröffentlicht folgende Erklärung: **Italien wird in eine Allianz mit Deutschland** hineingetrieben, wenn es von der Entente wirtschaftlich und finanziell verlassen wird. Das italienische Volk fühlt sich durch die Zurücksetzung seitens der Entente sehr beleidigt. Einem eventuellen Bündnis mit Deutschland würden sich sehr wahrscheinlich Japan und Rußland anschließen. Uebrigens hat der Pariser „Populaire" dieselbe Ansicht. Es heißt in dem Blatte: Angesichts des Völkerbundes von Versailles, der nur ein Bund der Sieger ist, zeichnet sich schon jetzt ein Völkerbund derer ab, die durch den Krieg enttäuscht und betrogen sind. Es ist zu fürchten, daß Japan, Rußland und Deutschland sich verständigen und dann werden sich diesem Bündnis alle jenen kleinen Nationen anschließen, die von der Entente schlecht behandelt worden sind. Es kann dann ein Krieg entstehen, der noch grauenhafter sein wird als der jetzt beendete.

Die Auslieferung des Kaisers.

Berlin, 14. Juli. Die „D. Allg. Ztg." bringt aus Holland auf dem Umwege über Paris die aufsehenerregende Meldung, daß infolge der außeramtlichen Unterhandlungen mit dem Verband die **holländische Regierung die Auslieferung des Kaisers bewilligte.** Der Akt der Auslieferung soll im Haag erfolgen. (Der Weg, den diese Meldung über Paris zurückgelegt hat, läßt vermuten, daß sie stark tendenziös ist. E. V.)

Der Bund der Landwirte an Hindenburg.

Berlin, 14. Juli. Der Ausschuß des Bundes der Landwirte hat dem Generalfeldmarschall von **Hindenburg** folgendes Telegramm gesandt: Der versammelte Ausschuß des Bundes der Landwirte sendet dem scheidenden Feldmarschall verehrungsvolle Grüße und tiefgefühlten Dank. In den Zeiten des Kampfes und der Zeit des Zusammenbruches des Vaterlandes waren Ew. Exzellenz der Fels [illegible] das Rückgrat und der Zuversicht, das Bild der Festigkeit. Sie bleiben der deutsche Held, an dessen Geist und Charaktergröße das deutsche Volk sich **wieder aufzurichten** vermag. Mit allen wahren Deutschen werden die deutschen Landwirte einem Hindenburg Treue und Verehrung für immer bewahren.

Die Befreiung aller Deutschen.

Wien, 14. Juli. Botschafter Graf Bobo **Wedel** richtet in der „Neuen Freien Presse" ein Abschiedswort an Wien, in dem er sagt: Schon heute erkennen einige Amerikaner den ungeheuerlichen Humbug, und bald wird der Geschäftsmann aus dem Dollarlande merken, daß **das einst blühende Europa** nicht in eine verschönerte und glücklichere Welt, sondern in **einen Hexenkessel verwandelt wurde.** Wir sind gegenwärtig in der traurigsten Lage. Das große politische Ziel aber muß eine **Befreiung aller Deutschen** sein, mögen sie im Osten oder Westen des Reiches, in Böhmen oder Tirol wohnen. Nicht Ruhe und Rast, bis das deutsche Volk, bis alle Deutschen frei sind, zu ihrem Heil und Glück, und zu Ehren des Deutschtums. Dazu bedürfen wir eines unerschütterlichen Willens. Die Einigkeit des Deutschen Reiches war noch zu jung, um die gleichen Widerstandskräfte zu haben wie die Franzosen und Engländer. Unsere österreichischen Brüder sind unsere treuen Freunde. Aber uns trennt doch immer eine staatliche Grenze. In der Stunde des Friedens rufe ich den deutschösterreichischen Freunden die herzlichsten Wünsche für ihre Zukunft und ihr Wohlergehen zu.

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei

nahm folgende **Erklärung** an: „Der Parteitag der Deutschnat. Volkspartei ist einig mit der Haltung seiner Parlamentarier in der vollen **Ablehnung des Schmachfriedens** unserer Feinde. Er sieht eine Fügung geschichtlicher Gerechtigkeit darin, daß im wesentlichen die gleichen Parteien den Reichstagsbeschluß vom 19. Juli 1917 und den Vernichtungsfrieden vom 23. Juni 1919 unterzeichneten. Deutschland geht vollends ganz zugrunde, wenn es die verderbenbringende Wirksamkeit der Revolutionsregierung und ihrer Parteien nicht rücksichtslos bekämpft. Dieser Frieden ist kein Frieden. Er muß die Geister aufrütteln. Deutschland läßt sich nicht in Stücke reißen. Wenn jetzt in Ost und West und Nord deutsche Stammesgenossen von uns losgetrennt werden, wir betrachten sie für immer und ewig als zu uns gehörig und wollen Sorge dafür tragen, daß die Bande mit dem alten Vaterland nicht zerschnitten werden. Weimar begräbt die Bismarcksche Verfassung des Deutschen Reiches und meint dem Deutschen Reiche eine neue Reichsfahne bringen zu können. Wir sind der Ueberzeugung, daß Bismarcks Gedanken aufs neue auferstehen und ein Symbol deutscher Einigkeit, für das Millionen geopfert, gedarbt, geblutet haben, gar nicht abgeschafft werden kann. In verzweifelter Zeit verzagen wir nicht. Gegen internationale Mächte kämpfen wir für nationalen Geist, Ordnung, Ehre, Arbeitssinn. Einzig die Erziehung von Jung und Alt in altem vaterländischem Geist kann Deutschland langsam wiedererstehen lassen. So kämpfen wir unter unserem und des alten Vaterlandes **Banner Schwarz-weiß-rot.**"

Auflösung der Kriegsgesellschaften.

Berlin, 14. Juli. Mit der **Auflösung der Kriegsgesellschaften** wird jetzt in raschem Tempo vorgegangen. 23 dieser Gesellschaften sind bereits in Liquidation, 10 bis 12 Gesellschaften sind der Liquidation nahe. Die Z. E. G. soll nur noch abrechnen können. In Tätigkeit sind namentlich noch die sogenannten großen Gesellschaften, so die Reichsgetreidestelle, die für Fleisch, Fett usw. Wo die zentrale Bewirtschaftung eines Artikels nicht mehr nötig ist, sollen auch die Kriegsgesellschaften aufgelöst werden.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Bern, 14. Juli. Wie aus Versailles gemeldet wird, erläßt am 20. Juli der erste deutsche Kriegsgefangenentransport in Stärke von 3000 Mann das Gefangenensammellager bei Reims.

Die Entente demobilisiert.

London, 14. Juli. Die „Times" meldet aus Paris: Die Alliierten haben die Demobilisierung zum 1. Oktober beschlossen. Sofern bis dahin die Unruhen in Deutschland nicht zum Abschluß gelangt sind, bleiben sechs Jahresklassen der vier alliierten Großmächte unter den Fahnen.

Wie Friedrich Geyer die Kriegsgewinne schonen half.

Das Hauptorgan der schwäbischen Sozialdemokratie, die „Schwäbische Volkszeitung", schreibt: „Noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung war es der Wille der Volksbeauftragten, im Wege der Verordnung eine radikale Besteuerung der Kriegsgewinne herbeizuführen. Doch waren es die Finanzminister der Einzelstaaten, vor allem die der Unabhängigen Sozialdemokratie, welche Einspruch dagegen erhoben. Besonders der bayerische und der sächsische unabhängige Finanzminister Geyer fielen den Volksbeauftragten in den Arm und setzten der löblichen Absicht aus partikularistischen Gründen Widerstand entgegen. Die Folge dieser Haltung war, daß die kräftige und rechtzeitige Heranziehung der Kriegsgewinne unterblieb. Inzwischen sind Milliarden dieser Gewinne in das Ausland abgewandert."

Die Flucht der Kriegsgewinner.

Es war zu erwarten, daß diejenigen deutschen Landesteile, die nach dem Friedensvertrag abgetreten werden müssen, in letzter Stunde einen bedeutenden Zuzug von „Patrioten" haben würden, die ihre irdischen Güter jenseits der Grenze in Sicherheit bringen wollen. Jetzt teilt die „Dippler Post" bestätigend mit, daß in letzter Zeit eine große Anzahl **reicher Deutscher** in Sonderburg zugezogen ist. Allein an Kriegsgewinnern sind 31 Familien gekommen.

Die Folgen des Berliner Franzosenmordes.

Paris, 14. Juli. Im Kammerausschuß wurden die Vorgänge in Berlin besprochen, die zum Tode eines französischen Sergeanten geführt haben. Die Regierung wurde aufgefordert, Sicherungsmaßnahmen militärischer Art für die in Deutschland sich aufhaltenden Mitglieder der französischen Kommissionen in Erwägung zu ziehen.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Berlin, 14. Juli. Im Straßenbahnerstreik nimmt die Direktion die Stellung ein, daß sie durch die Verlängerung des Streiks nicht mehr an die bisherigen Abmachungen gebunden ist. Sie will sich aber dennoch daran halten, wenn heute noch die Arbeit wieder aufgenommen wird, andernfalls wird sie diejenigen Angestellten, die bis Donnerstag die Arbeit nicht aufnehmen, entlassen.

Auf dem Wege zum internationalen Generalstreik?

Berlin, 14. Juli. In **Norwegen** wird nach einer Meldung der D. A. Z. am 21. Juli der **Generalstreik** erklärt werden. — Die sozialistische Parteileitung der Gewerkschaften und der Eisenbahnerverbände führen in Italien den **internationalen Generalstreik** gemeinsam durch. Es verlautet nach dem „Avanti", daß die Arbeiter Frankreichs, Englands, sowie der Schweiz, Hollands und Dänemarks sich der Bewegung anschließen wollen.

Hochverratsprozeß Toller.

München, 14. Juli. Vor dem Stadtgericht begann der Hochverratsprozeß gegen **Toller**, welcher dringend verdächtig ist, gemeinsam mit anderen den Versuch gemacht zu haben, die durch das Staatsgrundgesetz vom 17. März 1919 für Bayern geschaffene **Verfassung gewaltsam zu ändern.** Unter den Verteidigern Tollers befindet sich der unabhängige Abgeordnete **Haase**, unter den Zeugen die bekannte Schauspielerin Tilla Durieux, die sich als freiwillige Entlastungszeugin gemeldet hat. Toller erklärte unter anderem, daß er nach längerer Teilnahme am Kriege anfangs 1918 durch die Dokumente Lichnowskis und die Veröffentlichungen eines mecklenburgischen Diplomaten zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß Deutschland keinen Verteidigungskrieg führe. Der Minister Heine habe ihm in einer Unterredung auf einen in diesem Sinne gemachten Vorwurf gesagt, die deutsche Arbeiterschaft sei eine stumpfe Masse, die nur für materielle Dinge Interesse habe. Die Ausrufung der Münchener Räterepublik am 7. April erklärte Toller für eine frivole Schiebung der Mehrheitssozialisten, die nur den Zweck gehabt habe, die Masse nicht aus den Händen der Regierung gleiten zu lassen.

Keine Gleichheit mehr.

Budapest, 14. Juli. Der Volkswirtschaftliche Rat hat beschlossen, statt der bisherigen Einheitslöhne die Arbeiter fortab gemäß ihrer Leistungen zu entlohnen. Die Arbeiterschaft selbst soll darüber entscheiden, in welcher Form dieser Grundsatz verwirklicht werden soll. Man hofft, durch dieses Lohnsystem die Produktion erheblich fördern zu können.

England wünscht keine deutsche Einwanderung.

London, 14. Juli. Im englischen Unterhause sagte Lloyd George, die Wiederzulassung deutscher Einwanderer in England werde von England nicht gewünscht. Es würden besondere Beschränkungen gegen unerwünschte Einwanderung Deutscher in England und sein Kolonialreich getroffen werden.

Litauens Freiheitskampf.

Kowno, 14. Juli. Nach einer amtlichen Meldung sind bei Ziersmaru zwischen polnischen und litauischen Truppen heftige Kämpfe entbrannt. Die litauische Bevölkerung hat in diese Kämpfe eingegriffen, die bereits Hunderte von Toten und Verwundeten gekostet haben.

Gegen die Bolschewiki.

Paris, 14. Juli. Clemenceau hat in der letzten Sitzung des Rates der Fünf einen Bericht aus Warschau verlesen, der den Beginn einer großen **polnischen Offensive gegen die Bolschewiki** auf der ganzen litauischen Front ankündigt. Der Fall von Minsk wird täglich erwartet.

Ueberlaufen englischer Truppen zu den Bolschewisten.

London, 14. Juli. Die Londoner Blätter bringen eine Meldung von bolschewistischer Seite, die besagt, daß vor einigen Tagen zwei oder drei Regimenter an der Kolischakfront mit vollständiger Bewaffnung und Artillerie zu den Roten Truppen übergegangen sind. Bevor sie überliefen, haben sie ihre Offiziere getötet.

Die Senatsmehrheit gegen Wilson!

Amsterdam, 14. Juli. Englische Blätter melden, daß sich 49 amerikanische Senatoren, das ist mehr als die Hälfte der gesamten Mitgliederzahl des Senats, der **Annahme des Völkerbundsvertrages widersetzen.**

Wilson abermals ausgepfiffen.

Rotterdam, 14. Juli. In Newyork hat im Matthisson-Square-Garden eine große Kundgebung zugunsten der Freiheit Irlands stattgefunden. 15 000 Menschen waren zugegen, weitere 10 000